



# Quartier und Demokratie – eine Einführung

*Olaf Schnur, Kirsten Krüger, Matthias Drilling, Oliver Niermann*

Partizipatorische Ansätze haben in der Stadtentwicklung eine lange Tradition, die bis weit ins 19. Jahrhundert zu den Ursprüngen der Gemeinwesenarbeit und des Community Organizing zurückreicht. Methodische Ansätze werden vor allem seit den 1970er-Jahren vertieft exploriert und entwickelt. Neben die Verfahren formeller Bürgerbeteiligung sind insbesondere informelle Instrumente wie Bürgerversammlungen, Foren, Ideenworkshops, Befragungen, Open Space, World Cafés, Zukunftskonferenzen oder Planungszellen bis hin zu neuen Varianten, die sich technologischer Möglichkeiten wie Social Media, Augmented Reality, Prototyping etc. bedienen, getreten. Ziel ist es stets, eine möglichst inklusive Teilhabe zu organisieren.

Trotz dieser Methodenvielfalt in den Partizipationsformaten wird der damit verbundene Demokratiediskurs seit Jahren v. a. als Krisendiskurs geführt: Immer mehr Menschen wenden sich von politischen Institutionen ab und es ist schwierig, sie zur Beteiligung zu motivieren. Aus dieser Situation heraus werden folgerichtig eine Legitimations- sowie eine Repräsentationskrise abgeleitet. Aber es gibt auch andere Narrative, die weniger eine Erosion als einen Wandel demokratischer Formen und Phänomene betonen und die eine Kritik an der Demokratie als Regierungsform nicht gleichsetzen mit der Ablehnung demokratischer Prinzipien (vgl. Oehler 2016: 31 f.; vgl. Beck & Schnur 2016). Interessant ist dabei die Frage, ob gerade *lokale* Politik in dieser Gemengelage ein besonderes Potenzial für die Stärkung der Demokratie bieten könnte. Doch auch hier treten Widersprüche zutage: Während die bisherigen, begrenzten wissenschaftlichen Befunde diesbezüglich zu vorsichtigem Optimismus Anlass geben (vgl. Vetter 2011), zeigen Meinungsumfragen, dass viele Menschen quer durch soziale Milieus glauben, auf der lokalen Ebene gehe die „demokratische Mitbestimmung Stück für Stück verloren“ (42 % der Befragten, Sinus-Milieu-Bus 25.5.18, n = 1.000). Was genau unter „lokal“ zu verstehen ist, wird meist nicht näher spezifiziert.

Aus zwei Gründen wird im vorliegenden Band das Quartier im Mittelpunkt des „Lokalen“ stehen – und nicht primär die Kommune als Ganze: Zum einen ist es für viele der genannten Planungsmodi charakteristisch, dass sie in einem sozialräumlichen Kontext (Quartier) wirksam werden. Zum anderen treten hier verstärkt Bewohner\*innen auf, welche die Entwicklung ihrer Nachbarschaft und ihres Quartiers nicht den Planer\*innen überlassen, sondern in die eigene Hand nehmen

wollen – z. B. im Rahmen von virtuellen Netzwerken, neuen Vereinen, Projekten oder sozialen Bewegungen. Dieser Blick auf Quartier und Demokratie steht deshalb im Mittelpunkt des vorliegenden Bandes, der demokratietheoretische Fragestellungen mit partizipatorischen Erfahrungen aus Quartieren zusammenbringt. Der Band soll in seiner Vielfalt der einzelnen Artikel als Diskussionsbeitrag verstanden werden, der das Feld der lokalen Demokratie aus verschiedenen Blickwinkeln skizziert und verortet.

## 1 „Bizim Kiez – unser Quartier“: Spiegel neuer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen

Wie die Ebene des Quartiers mit Demokratie interferiert (oder umgekehrt), mag folgende Meldung beispielhaft verbildlichen. Sie stammt aus dem Tagesspiegel-Newsletter „Checkpoint“, der stets auch die täglichen Demonstrationen in Berlin ankündigt – hier für den 17. Juni 2015:

- „9–16 Uhr, Tiergarten: Vor dem Bundeskanzleramt wird an das ‚Massensterben im Mittelmeer‘ erinnert (20 Teilnehmer) /
- 10 Uhr, Wilmersdorf: Greenpeace protestiert vor der Shell-Tanke in der Bundesallee gegen Ölbohrungen des Konzerns in der Arktis, 10 Teilnehmer erwartet /
- 18.30 Uhr, Kreuzberg: 200 Personen protestieren in der Wrangelstraße gegen die Kündigung des Gemüseladens [...] Bizim Bakkal und Mieterverdrängung im Allgemeinen“ (Maroldt 2015: o. S.).

Für Ereignisse aus der unmittelbaren Nachbarschaft lassen sich manchmal mehr Teilnehmende mobilisieren als gegen Fluchtkatastrophen im Mittelmeer oder verheerende Umweltzerstörungen durch Großkonzerne. In diesem Beispiel waren es laut Veranstalter sogar 600 Personen, die gegen die Verdrängung des Ladengeschäfts und Spekulantenwillkür in ihrem Quartier erfolgreich auf die Straße gegangen sind. Das Geschäft durfte infolge der Proteste schließlich am vertrauten Standort bleiben.

Das singuläre Fallbeispiel hat zunächst keinen besonderen empirischen Mehrwert und soll über die Tatsache, dass immer wieder auch Großdemonstrationen zu translokalen politischen Fragen gelingen, nicht hinwegtäuschen. Dennoch mag eine derartige – wiederum nicht selten vorzufindende – kleinräumige Politisierung andeuten, dass sich demokratische Konstellationen verändern und vielfältigere Formen annehmen als bisher. Obwohl hier vermeintlich nicht die „großen gesellschaftlichen Fragen“ zur Diskussion stehen, nimmt das politische Moment im Quartiersmaßstab oft beachtliche Ausmaße an.

Warum das so ist, zeigt ein Blick auf den derzeitigen sozialen Wandel. Die heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf lokale Demokratie lassen sich gut am Beispiel des Berliner Wrangelkiezes festmachen:

- Während im Übergang von der Moderne zur Post- oder Spätmoderne die soziale Ungleichheit allgemein zugenommen hat, werden bestimmte Gruppen marginalisiert und Städte zusehends fragmentiert. Durch Segregation entstehen benachteiligte Quartiere, aber auch Gentrifizierungsgebiete und neue Reichenenklaven – der Wrangelkiez ist an einer umkämpften Schnittstelle dieser Prozesse zu verorten.
- Homogenisierungsprozesse vollziehen sich bei zunehmender sozialer Heterogenität, welche eine immer diversere Gesellschaft „statistisch“ mit sich bringt – nur vordergründig ein Paradoxon. Während im Wrangelkiez beispielsweise fast die Hälfte der Bewohner\*innen einen Migrationshintergrund hat, konzentrieren sich im Quartier zunehmend Milieus, die einen urbanen Lebensstil präferieren. Fragmentierungen entstehen aber auch vor dem Hintergrund eines soziodemografischen Wandels, der u. a. zu Singularisierungs- und Alterungsprozessen führt. Dies bringt u. a. auch das Altern von Menschen mit Migrationshintergrund mit sich, das bei gleichzeitiger Auflösung traditioneller Familienstrukturen zu einer zunehmenden Herausforderung wird.
- Die ökonomische Globalisierung, steigende Mobilität (z. B. Billigflüge, Tourismus) und Internet-Technologien (z. B. Smartphones, Social Media) sind weitere wichtige Faktoren, welche die Bedeutung des Orts schwächen und die Rahmenbedingungen demokratischer Prozesse auf der lokalen Ebene erschweren. „Airbnb verhökert Kreuzberg“, titelte die *FAZ* am 13.12.2014 und meinte dabei explizit den Wrangelkiez. Auch die „Mediaspree“-Entwicklung in der unmittelbaren Nachbarschaft des Quartiers – Ausdruck einer internationalisierten und aus der Bewohnenden-Perspektive mitunter als Provokation empfundenen Investitionsstrategie des Berliner Senats – gehört in diesen Bereich. In diesem Kontext sind schwindende Wahlbeteiligungen auf der lokalen Ebene, aber auch Politiker- und Institutionenverdrossenheit nachvollziehbar, denn der Eindruck kann entstehen, dass die wirklich relevanten Entscheidungen anderswo auf dem Globus getroffen werden.

Das Wrangelkiez-Beispiel kann also bestätigen: Marginalisierung, Heterogenisierung, Gentrifizierung und Globalisierung überlagern sich – prototypisch – auf der Mesoebene des Quartiers (vgl. Schnur 2016). Einem derart durch externe Akteur\*innen bestimmten Machtgefüge, so scheint es, ist die lokale Zivilgesellschaft

hilflos ausgeliefert. Doch die Annahme, dass deshalb die „Zivilität“ im Kiez erodieren würde, wird man hier nicht bestätigen können. Denn parallel zu einem Bedeutungsverlust des Lokalen kommen – nicht nur im Fallbeispiel – auch gegenläufige Glokalisierungseffekte auf (Robertson 1998). Kiez-Initiativen und Neo-Intermediäre haben hohe und steigende Ansprüche an Beteiligung und machen diese Ansprüche geltend (vgl. Beck & Schnur 2016). Der Wrangelkiez ist geradezu ein idealer Schauplatz dieser Prozesse: Investorendruck auf eine lokale Immobilie in einer heterogenen, vielfältigen Nachbarschaft (symbolhaft: der Gemüseladen Bizim Bakkal) führt zur Bildung einer Quartiersinitiative („Bizim Kiez – Unser Kiez. Für den Erhalt der Nachbarschaft im Wrangelkiez“), die sich explizit und dauerhaft politisch einmischt und dafür die lokale Öffentlichkeit nutzt und organisiert.

Derartige im Quartier entstehende soziale und politische Initiativen und Bewegungen sind nicht neu, im Gegenteil: Die Stadtgeschichte ist reich an Beispielen, wie etwa frühe städtisch-ökologische Oppositionsbewegungen, Hausbesetzungen und Instandbesetzungen sowie quartiersbezogene Globalisierungskritik, Anti-Gentrification-Initiativen oder Transition-Town-Bewegungen zeigen (vgl. hierzu auch Mayer 2008). Die Kontexte haben sich jedoch gewandelt und damit auch die Themen und Formen des Engagements.

## 2 Demokratie? Quartier? Definitionen und Begriffsbestimmungen

Die Bezeichnungen „lokale Demokratie“ und „Quartier“ werden im fachöffentlichen Diskurs häufig benutzt. Hinter den Begrifflichkeiten stehen jedoch wirkmächtige, nicht immer eindeutige und oftmals nicht weiter reflektierte Konzepte. Beiden Termini wohnt eine räumliche Ebene inne: dem Quartier als Wohnort mit entsprechenden lokalen Charakteristika und der lokalen Demokratie als Demokratieform, die sich von ihren translokalen Varianten unterscheiden lässt. Während bei der Verwendung des Begriffs „Quartier“ oft (städte)bauliche oder verwaltungsspezifische Kriterien dominieren (z. B. Baustruktur, statistische Abgrenzung), werden mit dem Terminus „lokale Demokratie“ häufig auch spezifische demokratische Varianten, wie etwa Formen der direkten Demokratie, assoziiert. Umso wichtiger ist es, im Rahmen dieses Beitrags einige definitorische Grundlagen vorzuschlagen, damit zwischen den Konzepten Brücken gebaut werden können.

Was also ist unter „lokaler Demokratie“ zu verstehen? Weil es bereits keine eindeutige Definition von „Demokratie“ gibt, sondern eher einen Kanon an Paradigmen, der ganze Bücher zu füllen vermag, ist es auch mit einer klaren Definition der Variante „lokale Demokratie“ schwierig. Manchmal wird die lokale Demokratie als „kleine“ Demokratie bezeichnet, abzugrenzen von der „großen“ Demokratie, auf deren Ebene (meist Land, Bund oder EU) Angelegenheiten von übergeordneter Relevanz verhandelt werden (vgl. Stiftung Mitarbeit 2018). Die „kleine“

Demokratie ist in diesem Fall dann das, was die Bürgerschaft vor Ort miteinander selbst aushandelt, und setzt damit ein erweitertes Demokratieverständnis voraus, wie es etwa John Dewey vorgeschlagen hat: Für ihn stellt Demokratie eine Art dialogischen Habitus dar, der bereits in der alltäglichen Lebenswelt und in der Nachbarschaft greift (Dewey 2001: 129, 177). In der Literatur wird die lokale Demokratie stets etwas undeutlich im „Bereich des Kommunalen“ verortet und meist als repräsentativ-demokratisches System interpretiert (vgl. Wiesner 2018: 30). Dabei lässt sie sich sowohl top-down aus einer Government-Perspektive als auch bottom-up bzw. aus Governance-Sicht denken: In einem klassischen Top-down-/Government-Verständnis wird der kommunalen Ebene eine große Bedeutung beigemessen, denn in Deutschland ist die kommunale Selbstverwaltung gesetzlich garantiert. Dies gilt in Abstufungen ebenso in anderen Staaten der Europäischen Union und in der Schweiz, nicht zuletzt mit der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung von 1985. Als Fundament der lokalen Demokratie dienen kommunale Institutionen, etwa Stadträte, die als gewählte Repräsentanten der Bürger\*innen der Gemeinde auftreten. Darin ist auch die parteipolitische Komponente eingeschrieben. Als intermediäre Akteur\*innen wirken z. B. Verbände und Vereine vermittelnd zwischen den verschiedenen politischen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Sphären. Die Zivilgesellschaft und die einzelnen Bürger\*innen gelten als die zentralen Akteur\*innen der lokalen Demokratie und gleichzeitig als die „Adressat\*innen“ der kommunalen Institutionen. Das Charakteristische an der lokalen Form der Demokratie ist, dass hier neben der repräsentativ-demokratischen Variante auch andere Varianten (z. B. der direkten Demokratie) zum Einsatz kommen.

Aus der Bottom-up-Perspektive ist die lokale Ebene für die einzelne Bürgerin bzw. den einzelnen Bürger besonders wichtig, denn hier werden Entscheidungen gefällt, von denen die Menschen oftmals unmittelbar betroffen sind (z. B. Einrichtung einer Tempo-30-Zone, Festlegung eines Sanierungsgebiets). Außerdem bringt die lokale Ebene auch Herausforderungen mit sich, die mit dem direkten Zusammenleben vor Ort zu tun haben. Derartige (Interessen-)Konflikte werden dann vor Ort im lokal-demokratischen System bzw. in flexiblen Governance-Konstellationen ausgehandelt und im besten Fall institutionell geklärt. Es geht also im Prinzip um die Funktionalität eines lokalen Gemeinwesens bzw. um die Zivilgesellschaft und deren lokales Sozialkapital (vgl. Schnur 2003). Eine besondere Rolle spielt hierbei die Ebene des Quartiers, weswegen auch die Städtebauförderung (z. B. Programm Soziale Stadt) zum guten Teil auf die Quartiersebene ausgerichtet worden ist (u. a. Leipzig Charta 2007 auf EU-Ebene). Auch in diesem Förderinstrumentarium sind lokal-demokratische Aspekte enthalten, etwa die Idee partizipativer Budgets mit Quartiersräten o. ä. vor Ort (vgl. Roth 2017; vgl. auch Rodrigues Mororó 2014). Oftmals haben wir es hier mit nicht institutionalisierten Formen der Bürgerbeteiligung zu tun (vgl. Roth 1997: 436 ff.).

Auch wenn es an klaren Definitionen lokaler Demokratie mangelt, können doch einige Dimensionen identifiziert werden, welche deren Funktionsweise bestimmen (vgl. Abb. 1).

Akteure	Prozesse
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Kommunalpolitik</b> z. B. demokratisch gewählte Räte, Lokalparlament, Parteien</li> <li>• <b>Kommunalverwaltung</b> Fachpersonal für exekutive kommunale Aufgaben wie z. B. Stadtplanende</li> <li>• <b>Intermediäre Instanzen</b> z. B. soziale Träger, Mieter*innengemeinschaft</li> <li>• <b>Institutionalisierte Zivilgesellschaft</b> z. B. Vereine</li> <li>• <b>(Wahl-)Bürgerschaft und "Citizens"</b> z. B. individuelles freiwilliges Engagement</li> <li>• <b>Privatwirtschaft und Medien</b> z. B. lokaler Einzelhandel, Wohnungsunternehmen, internationale Investor*nnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Kommunalwahlen</b> repräsentativ-demokratisch via Parteiensystem, orientiert an Staatsbürgerschaft</li> <li>• <b>Beteiligung und Dialog</b> formal, informell – mithilfe vielfältiger Formate von der öffentlichen Auslegung von Planunterlagen über Bürger*innendialoge bis hin zu Bürger*innenentscheiden oder partizipativen Budgets</li> <li>• <b>Abstimmung und Interessenausgleich</b> Einbettung in Multi-Level-Governance mit Region, Land, Bund, EU sowie vielfältigen Akteur*innen; "Gegenstromprinzip"</li> <li>• <b>Gemeinwesenentwicklung</b> zielt auf Sozialkapital ab, das als Voraussetzung funktionierender lokaler Demokratie gelten kann, z. B. Nachbarschaft und Quartier als häufigste Kontexte von Beteiligungsanlässen und politischen Momenten, vgl. Programm Soziale Stadt</li> </ul>

Abbildung 1: Dimensionen lokaler Demokratie

Quelle: eigene Darstellung

Zum Quartiersbegriff gibt es eine ganze Reihe von Definitionsversuchen. Je nach Paradigma, Disziplin und Verwendungszweck unterscheiden sich diese Zugänge z. T. stark (vgl. Schnur 2014). Eine aktuelle Definition, die ebenfalls keinen Allgemeingültigkeitsstatus für sich beanspruchen kann, beschreibt das Quartier als einen

„kontextuell eingebettete[n], durch externe und interne Handlungen sozial konstruierte[n], jedoch unscharf konturierte[n] Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden“ (Schnur 2014: 43).

Hier werden mehrere wichtige Dimensionen betont (vgl. auch Abb. 2): Kein Quartier ist eine Insel. Vielmehr sind Quartiere immer in einem Kontext zu sehen, als Teil einer Gesamtstadt, als Teil einer Region, vielleicht sogar aus einer globalen Perspektive (z. B. wenn ein internationaler Investor hier Wohnungen oder eine Shopping Mall bauen möchte).

Konstruiertheit	Lebenswelt
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>soziale Konstruktion</b> d. h., Quartier ist Gegenstand sozialer und subjektiver Regionalisierungen und bringt z. B. variierende Images und Bedeutungszuschreibungen mit sich</li> <li>• <b>unscharfe Konturierung</b> weil Quartier ein soziales Konstrukt darstellt, überlagern sich – je nach Perspektive – viele individuelle Abgrenzungen; die administrative Grenze reiht sich hier ein; Quartier wird zu einem "fuzzy place"</li> <li>• <b>kontextuelle Einbettung</b> d. h., dass sich im Quartiersmaßstab viele Prozesse überlagern und auswirken, die nicht ohne translokale Strukturen zu verstehen sind</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>alltäglich-lebensweltlicher Bezug</b> d. h., im Quartier verorten sich Alltagsprozesse des Wohnens, d. h. es besteht eine direkte Betroffenheit der Bürger*innen bzw. Bewohner*innen</li> <li>• <b>Mittelpunkt-Funktion</b> d. h., im Quartier befindet sich aus subjektiver Sicht die eigene Wohnung, die für die meisten Menschen einen Lebensmittelpunkt darstellt</li> <li>• <b>Überschaubarkeit</b> d. h., dass sich der Quartiersmaßstab z. B. auch anhand fußläufiger Erreichbarkeit oder lokal überschaubarer sozialer Netzwerke herausbildet</li> <li>• <b>Schnittmenge sozialer Sphären</b> d. h., sich überlagernde individuelle Netzwerke mit lokalen Anteilen verdichten sich zu einem Quartierskontext und führen z. B. über das Phänomen der Nachbarschaft zu mehr oder zu weniger kohärenten Gemeinwesen</li> </ul>

Abbildung 2: Dimensionen von Quartier

Quelle: nach Schnur 2014: 43 ff.

Gleichzeitig ist ein Quartier immer ein Ort der Mitte, nämlich die überschaubare Lebenswelt im Umfeld der eigenen Wohnung, die idealerweise auch ein Identifikationsort sein kann. Es ist der zentrale Ort, um den herum sich der Alltag entfaltet und ein lokaler Anteil der weiter gefassten individuellen Netzwerke wirksam werden kann (z. B. ein Nachbarschaftsnetzwerk). Die soziale Konstruiertheit hat mehrere Folgen: Die Bewohner\*innen oder auch Externe schreiben jedem Quartier höchst unterschiedliche Bedeutungen zu, was auch dazu führt, dass sie das Quartier unterschiedlich nutzen und behandeln. Davon ist auch die Abgrenzung von Quartieren betroffen. Während die amtliche Statistik mit präzisen Gebietsgrenzen

arbeitet, ist ein Quartier nach dieser Definition ein „fuzzy place“, der je nach Betrachtung immer wieder neu und unterschiedlich bestimmt wird. Diese Definition bildet eine sozialgeographische Perspektive ab, die anders als andere Quartiersbegriffsbestimmungen auch neuere sozial- und raumtheoretische Konzepte beinhaltet. Damit wird die Perspektive auf das „Quartier“ wesentlich differenzierter, aber auch komplexer zu handhaben.

### 3 Lokale Demokratie und Quartier: konzeptionelle Schnittstellen

Zu der konzeptionellen Paarung „Demokratie und Raum“ – oder auch zu ihrem hier betrachteten lokalen Pendant „lokale Demokratie und Quartier“ – existieren nur punktuell theoretische Konzeptualisierungen; ebenso gibt es nur wenig empirische Evidenz. Ausnahmen bilden z. B. die Debatte um Demokratie und öffentlichen Raum, der Scale-Diskurs oder die Diskussion um Multi-Level-Governance, die inzwischen vielfach auch wissenschaftlich bearbeitet wurden (z. B. Berding et al. 2017; Brenner 2000; Wiesner 2018). Darüber hinaus kann auf umfangreiche Praxiserfahrungen (z. B. mit Bottom-up-Initiativen, Dialogprozessen) zurückgegriffen werden, für die jedoch kaum systematische Auswertungen vorliegen. Anhand der hier vorgenommenen konzeptionellen Vorbetrachtung werden bereits zahlreiche Schnittstellen zwischen Quartier und lokaler Demokratie sichtbar und es ergeben sich interessante Themen und Fragen:

- So treffen lokal-demokratische Prozesse im Quartiersmaßstab auf vielfältige Repräsentationen davon, was konkret „Quartier“ für die Menschen im Wohnumfeld eigentlich bedeutet („soziale Konstruktion“). Deshalb sind ein Austausch und eine Verständigung allein darüber oft schon erste wichtige Schritte zu einer erfolgreichen, partizipativen, inklusiven Quartiersentwicklung. Diese Multiperspektivität findet man überall vor: Nicht nur in der Bewohnerschaft gibt es vielfältige Sichtweisen auf das „Quartier“, sondern auch bei den an dessen Entwicklung beteiligten lokal-demokratischen Akteur\*innen.
- Dass die soziale Konstruiertheit von Quartieren eine Relevanz für die Praxis der lokalen Demokratie hat, zeigt sich bereits in den konkreten Plan- und Programmdokumenten, z. B. bei der Abgrenzung der Gebietskulissen im Programm Soziale Stadt. Wenn die lokale Demokratie mit ihren Institutionen im oder für ein Quartier mit allzu starren administrativen Grenzen arbeitet (vgl. Franke 2011; Nagel 2012), können Exklusionsprozesse befördert werden. Es zeigt sich in der Praxis, dass Quartiere aus lebensweltlicher Sicht unscharf – „fuzzy“ – konturiert sind. Wenn professionelle kommunale Akteur\*innen



diese lebensweltlichen Zusammenhänge wertschätzen und auf sie eingehen, kann sich dies bereits positiv auf die lokal-demokratische Atmosphäre auswirken. Wenn Teilhabe jedoch an „objektiven“ (administrativen) Grenzen scheitert, wo eine subjektive Zugehörigkeit reklamiert wird, belastet ein solcher, als Willkür empfundener Ausschluss auch das Vertrauen in lokal-demokratische Institutionen.

- So problematisch es ist, Quartiersgrenzen durch zusammenhängende sozial-räumliche Kontexte zu ziehen, so schwierig ist es auch, das Quartier als „einsame Insel“ in der Stadt zu betrachten. Quartiere stellen wichtige Teileinheiten in der Stadtregion dar, die intern und extern beeinflusst werden (vgl. Schnur 2015) und in translokale Governance-Prozesse und -Konstellationen kontextuell eingebettet sind (Multi-Level-Governance). Diese Einbettung der Quartiere einer Stadt und die entsprechenden Schnittmengen, verbindenden Elemente, übergreifenden Infrastrukturen etc. sind nur durch die kommunale, quartiersübergreifende Ebene oder durch noch darüber liegende weitere Ebenen zu koordinieren. Es gilt also, die quartierliche Mesoebene mit den vielfältigen Bezügen zu Mikro- und Makroebenen gemeinsam zu denken.
- Neben derartigen Systembezügen spielen auch die lebensweltlichen, sozial-räumlich eingebetteten Faktoren eine gewichtige Rolle beim Gelingen lokaler Demokratie. Alltagsthemen im Quartier sind oft buchstäblich greifbar, denn sie betreffen das tägliche Leben der Menschen mit allen Anforderungen, die sich aus ihnen je nach Lebenslage, Lebensstil oder Lebensphase ergeben. Institutionen der lokalen Demokratie gewinnen hier den Zugang zu den unterschiedlichsten Gruppen (z. B. Transferempfänger\*innen, Hochbetagten oder neu Hinzugezogenen) mit unterschiedlichen Bedürfnissen, denen Gehör verschafft werden sollte. Der Sozialraumbezug ermöglicht professionellen Akteur\*innen aus der lokal-demokratischen Arena damit eine konsequente Orientierung an den Bedürfnissen und Potenzialen der Menschen, die vor Ort auch bereits in irgendeiner Form aktiv sind – und in der Regel nicht mehr „aktiviert“ werden müssen (vgl. Hinte 1998; Häußermann 2005).
- Auch dass das Quartier für die Bewohnerschaft allein wegen der Funktion als Wohnort einen wichtigen Mittelpunkt ihres Alltags darstellt (ggf. neben dem Arbeitsplatz o. ä.), ist wichtiger, als es auf den ersten Blick erscheint. Aus dieser Mittelpunktfunktion ergibt sich vielfach eine direkte „Betroffenheit“ bzw. ein Interesse an dem, was in der Umgebung geschieht – ein Ansatzpunkt für beteiligende Prozesse im Kontext lokaler Demokratie. Dabei sind die Herausforderungen im Quartier selten simpel, aber oft doch noch überschaubar und noch nicht überkomplex. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit höher ist, hier auch positive Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen und damit Vertrauen in lokal-demokratische Prozesse aufzubauen.

- Auch aus der Koexistenz von Menschen mit unterschiedlich gestalteten individuellen Netzwerken im Quartier („Schnittmenge sozialer Sphären“) und darüber hinaus entsteht ein Vielfaltseffekt, der in der Praxis der lokalen Demokratie produktiv in Wert gesetzt werden kann (z. B. als überbrückendes Sozialkapital). Generell können die lokalen sozialen Netzwerke als lokales Potenzial vor Ort nicht zu hoch eingeschätzt werden. Mit zunehmendem Sozialkapital steigen auch die Chancen für eine lebendige lokale Demokratie.

Man kann festhalten, dass die hier skizzierten strukturellen Verknüpfungen zwischen Quartier und lokaler Demokratie vielfältige Potenziale versprechen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie in der Praxis vor Ort damit umgegangen wird.

#### **4 Postdemokratie und Raum: Überlegungen zum „Demokratiemachen“ im Quartier**

Die heutige Praxis des „Demokratiemachens“ in den Städten und Quartieren zu bewerten, ist schwierig, denn – wie oben bereits angedeutet – professionelle Akteur\*innen in den Kommunen versuchen immer wieder, top-down die Beteiligung zu verbessern und inklusiver zu machen, während sich Grassroots-Initiativen vielerorts in der Stadtentwicklung „von unten“ engagieren. Gleichzeitig sehen sich etwa Lokalpolitiker\*innen oder Stadtplaner\*innen mit Menschen konfrontiert, die frustriert sind, kein Vertrauen mehr in die staatlichen Institutionen haben, nicht mehr zur Wahl gehen und damit die Legitimität des repräsentativ-demokratischen Systems infrage stellen. Vielleicht hat sich gerade deshalb eine kritische Debatte v. a. auf einer Metaebene entwickelt: Einerseits werden die Verfahren kritisiert. Die Verfahrensabläufe und deren systemische Einbettung, so die Auffassung, perpetuierten eher die bestehenden Verhältnisse sozialer Ungleichheit. Andererseits wird auch die Frage gestellt, inwieweit gesamtgesellschaftliche Schief lagen auf einer kleinräumigen Ebene verhandelt werden können. Hier wird die Funktionalisierung sozialräumlicher Bezüge, z. B. über „area based politics“ im Quartier, kritisch unter die Lupe genommen.

Im Folgenden soll deshalb dieses Spannungsverhältnis zwischen Systemimmanenz, „guter“ demokratischer Praxis und den Potenzialen räumlicher Bezüge anhand zweier verschiedener demokratietheoretischer Makropositionen diskutiert werden.<sup>1</sup>

---

1 Der folgende Abschnitt basiert auf Teilen der Veröffentlichung Drilling, M., Oehler, P. und Schnur, O. (2015): Über den emanzipatorisch-utopischen Gehalt von Sozialraumorientierung. Widersprüche 35 (135): 21-39. (geändert und gekürzt)

### 4.1 Postdemokratisierung und Quartier

Als prominenteste Denkrichtung ragt hier der Postdemokratie-Diskurs heraus, als dessen Hauptvertreter u. a. der Soziologe Colin Crouch sowie der Philosoph Jacques Rancière gelten (vgl. Ritzi 2014: 11 ff.). Bei allen hier nicht darstellbaren Unterschieden (vgl. hierzu die ausführliche Analyse von Ritzi 2014) gehen beide Autoren von der Annahme aus, dass die Verbreitung neoliberaler Regierungsformen spätestens seit den 1980er-Jahren – und verstärkt seit der globalpolitischen und -ökonomischen Zäsur des Falls der Berliner Mauer – einen Machtverlust der Bürgerschaft und eine Demokratiekrise mit sich bringe. Während Colin Crouch v. a. die Akteur\*innen, deren Motive und die Symptome postdemokratischer Entwicklungen ausarbeitet (vgl. Crouch 2008), hat Jacques Rancière ein umfassendes theoretisches Konzept entwickelt (vgl. Swyngedouw 2013; Mullis & Schipper 2013; Rosemann 2013). Rancières poststrukturalistischer Ansatz fußt u. a. auf der Diskurs- und Hegemonietheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (nach Glasze & Mattisek 2009), die einen objektiven Wahrheitsanspruch ablehnen und die Realität als diskursiv produziertes Machtkonstrukt verstehen. Rancière sieht „echte“ Demokratie als eine Form des Strukturbruchs an (ein „demokratisches Moment“), der sich in drei Schritten manifestiert (vgl. Rosemann 2013: 46 f.; Rancière 2002: 110):

1. Politische Bewegungen werden in einer „Erscheinungssphäre“ eines Volks sichtbar, also an einem Ort, der dies überhaupt erst ermöglicht („Erscheinung“).
2. Es existieren vernachlässigte oder exkludierte Personen und Gruppen („nicht identitäre Subjekte“), die sich weder staatlichen noch gesellschaftlichen Logiken verpflichtet fühlen und sich ihrer Außenseiterrolle bewusst sind („Selbstdifferenzierung“).
3. Nicht identitäre Subjekte stellen auf der „Bühne der Erscheinung“ die bestehende Ordnung infrage und provozieren Konflikte („Streithandel“).

Alle drei Schritte sieht Rancière durch die von ihm angenommene, derzeit herrschende, postdemokratische Ordnung gefährdet, d. h., durch eine emergente Depolitisierung unserer Gesellschaften wird das Aufkommen „demokratischer Momente“ erschwert. Dies geschieht durch die Simulation von allumfassender Gemeinsamkeit und Gemeinschaftlichkeit in einer Gesellschaft, in der alles als sichtbar und vieles als alternativlos dargestellt wird (wie etwa die bestehende ökonomische Ordnung, welche wiederum die Staatlichkeit zunehmend ihrer Einflussbereiche beraubt):

- Wo alles als sichtbar gilt, wird das „Erscheinen“ widerständiger und konflikthafter politischer Ideen erschwert (vgl. Rosemann 2013: 49).
- Wo scheinbar alle Menschen vollständig repräsentiert sind, können marginalisierte Gruppen („Anteilslose“) nicht selbstdifferent wirksam werden, d. h., die für einen Protest notwendige Selbsterkenntnis, zu einer benachteiligten Gruppe zu gehören, wird erschwert.
- Wo scheinbar alle Probleme „konsensual“ gelöst werden (sollen), wird der nicht auflösbare Kerndissens verdeckt. Der „Streithandel“ selbst wird problematisiert und durch Wissenschaftler\*innen, Jurist\*innen oder andere Professionelle „objektiviert“, analysiert und seiner Grundlage beraubt (vgl. ebd.: 50). Widersprüche werden also konsequent „externalisiert“ (Swyngedouw 2013: 147).

Interessant ist, wie Rosemann das Konzept Rancières mit stadträumlichen Gegebenheiten verknüpft (vgl. auch Dikeç 2002): „Räumliche Postdemokratie wäre dann die Verschließung einer räumlichen Ordnung und der Produktionsweise des Raumes, indem diese Ordnung und Produktionsweise zunehmend unveränderbar erscheinen und alternative Raummodelle unsichtbar bleiben“ (Rosemann 2013: 51). Die zunehmende stadtpolitische Orientierung an Quartier und Sozialraum könnte man in diesem Sinne als Teil eines hegemonialen Diskurses kritisieren, der (soziale) Stadtentwicklung als „alternativlos“ darstellt, letztlich aber der höheren persistenten Ordnung zuarbeitet. Diese Perspektive wird auch von Autoren vertreten, die das poststrukturalistische Gouvernementalität skonzept Michel Foucaults bzw. die Idee des „Regierens durch Community“ von Nikolas Rose aufgreifen (vgl. Rose 2000; vgl. auch Kamleithner 2009; Lanz 2009). Durch eine Herunterskalierung der (sozialen) Stadtpolitik auf kleinräumliche Kontexte (Quartiere, Sozialräume) wird dieser Sichtweise zufolge lediglich die gängige „neoliberale Regierungstechnologie“ verfeinert. Die im sozialen Gewand erscheinende neue Politik des „Empowerment“ und der „Aktivierung“ benutzt dieser Lesart zufolge Werte wie Selbstverantwortlichkeit und Gemeinschaftlichkeit als Instrumente der Disziplinierung und des Ausschlusses (vgl. Gomes de Matos 2013 am Beispiel Barcelonas) – mit anderen Worten: „Sozialraum“ wird als Mittel zur Machtproduktion herangezogen.

Jedoch: Wenn es im Sinne Rancières demokratische Momente braucht, dann müsste das Quartier eine dafür prädestinierte Ebene sein. Wie am Beispiel „Bizim Kiez“ (s. o.) sollten sich diese Momente hier am deutlichsten zeigen und dazu geeignet sein, die lokale Demokratie mit Leben zu füllen.

## 4.2 *Quartier und Re-Demokratisierung*

Die zweite Denkrichtung könnte man als eine „linke“ kommunitaristische Perspektive bezeichnen. Dass wir in einer postmodernen „Gesellschaft der Ichlinge“ lebten, so der Tenor, sei zu pauschal: „Die Selbsthilfegesellschaft ist keine Utopie. Es gibt sie wirklich. Sie funktioniert im Nahmilieu“ (Keupp 2013: 8, vgl. auch Keupp 2000 oder Hüther 2013) – also mit anderen Worten: im Quartier, im Wohnumfeld oder im Sozialraum. Bürgerschaftlichem Engagement und neuen ehrenamtlichen Beteiligungsformen wird hier ein zivilgesellschaftliches Potenzial zugesprochen, was sich in empirischen Untersuchungen und Surveys immer wieder feststellen lässt. In diesen Bereich fallen zahlreiche heterogene theoriegeleitete Perspektiven, die sich u. a. mit Lebenswelten, sozialen Netzwerken und Sozialkapital beschäftigen (vgl. zusammenfassend Franzen & Freitag 2007). Der amerikanische Politologe Robert Putnam fasst es so zusammen: „Building social capital will not be easy, but it is the key to making democracy work“ (Putnam 1993: 185).

Zu diesem erweiterten Kontext zählt auch eines der bekanntesten Konzepte partizipativer Demokratie – das des amerikanischen Politologen Benjamin Barber, mit dem dieser u. a. konkrete Ideen für eine bodenständige, im Quartier verankerte Partizipationspraxis anbietet (vgl. Schnur 2003). Er nennt seinen Ansatz „starke Demokratie“ (Barber 1994) und meint dies im Sinne einer „Praxis des alltäglichen Miteinanders“ (Weber 2012: 232). Anders als der radikaldemokratische Rancière folgt Barber der Vorstellung einer auf einem gewissen Konsens basierenden Form von Politik. Diese verbindet er mit der Forderung nach umfassender Bürgerbeteiligung im weitesten Sinne, dies jedoch in Abgrenzung zu den krisenhaften Formen, welche Benjamin Barber selbst mit „thin democracy“ (Barber 2003) umschrieben hat. Als Partizipation können in diesem Sinne auch Formen des „zivilen Ungehorsams“ oder „symbolischer Gewaltanwendung“ gelten, also durchaus Formen, die auch im rancièreschen Sinne „echte“ Politik darstellten (Weber 2012: 223).

Barbers Ausgangspunkt ist die Diagnose einer Selbst- und Weltentfremdung der Menschen und des damit einhergehenden Sinnverlusts. Er stellt fest, dass insbesondere durch die ökonomische Globalisierung Subjekte immer weniger eine politische Bürger\*innen - und immer mehr eine entpolitisierte Konsument\*innenrolle tragen (vgl. Weber 2012: 232) – ein Aspekt, der auf die Quartierspolitiken der „Sozialen Stadt“ in Deutschland, der „Projets Urbains“ in der Schweiz oder der „Politique de la Ville“ in Frankreich übertragbar ist, wo „Bewohner“ als „Zielpersonen“ oder „Zielgruppen“ „aktiviert“ und „motiviert“ werden und „Selbstverantwortlichkeit lernen“ sollen (vgl. Guhl 2015).

Das Partizipationsverständnis von Barber ist transformativ und intrinsisch zugleich. Nach Barber hat die vielfach diagnostizierte Politikverdrossenheit weniger mit mangelndem politischen Interesse zu tun als mit einem Gefühl geringer Selbstwirksamkeit. Diese Selbstwirksamkeit, so Barber, ließe sich am besten in der alltäglichen Lebenswelt vor Ort, also z. B. im Sozialraum bzw. im Quartierskontext, erfahren (vgl. Weber 2012: 235f). Transformativ könnte dies nach Barber wirken, indem ausgehend von der lokalen Ebene auch die Gesamtgesellschaft reformiert würde, d. h., ausgehend von einer Demokratisierung z. B. in Quartieren und Nachbarschaften kann auch auf der Makroebene eine demokratische Erneuerung im Sinne einer Emanzipation stattfinden (bottom-up). Dieses Verständnis findet sich z. B. in der aktuellen Resilienz- und Transformationsdiskussion wieder (vgl. Schnur 2013).

Barber geht davon aus, dass individuelle Freiheit ihren Ursprung in der Praxis kooperativen Handelns und in der Urteilskraft hat (nicht im subjektiven „Willen“) und sich darüber hinaus Partizipation v. a. in der lokalen Selbstverwaltung manifestiert. Handeln stellt nach Barber Kommunikation dar, ist aber nicht auf maximalen Konsens oder gar Wahrheitsfindung ausgerichtet: Vielmehr können auch konflikthafte sowie auf einer bestmöglichen Urteilskraft beruhende politische Aushandlungsformen im Mittelpunkt stehen. Dieser Maßstab setzt hohe selbstreflexive Anforderungen an den Sprechakt voraus, was vielfach als überfordernd und nicht umsetzbar kritisiert wurde (vgl. Weber 2012: 237 f.). Barber jedoch vertraut auf die Wirkungen des Learning by Doing und auf einen geradezu „ansteckenden“ Effekt von Partizipation auf der lokalen Ebene, welcher der Entfremdung entgegenwirke (vgl. ebd.: 238; vgl. auch Hüther 2013). Auch diese Ideen wurden oft als zu idealistisch kritisiert: „Seine Erwartung, durch Partizipation könnten das Konfliktpotenzial vermindert und ‚Fremde‘ zu ‚Nachbarn‘ [...] werden, beruht auf der These einer rein partizipativen Gemeinschaftsbildung [...], die utopisch anmutet [...]“ (Weber 2012: 244).

Barbers Demokratietheorie unterscheidet sich als positive Utopie von vielen anderen Ansätzen (insbesondere auch von postpolitischen Ansätzen, die weithin in einer dystopischen Gegenwartsanalyse verbleiben oder sich nur sehr allgemeine Empfehlungen abringen) darin, dass sie auch konkrete Organisations- und Handlungsoptionen für eine neue partizipativ-demokratische Ausrichtung vor Ort beireithält. So werden sogenannte Nachbarschaftsversammlungen vorgeschlagen, in denen lokale Probleme diskutiert und gelöst werden sollen (vgl. Barber 1994: 241 ff.). Höhere Entscheidungsebenen sollen zugänglicher gemacht werden, indem z. B. Ämter per Losverfahren vergeben und Schöffengerichte eingeführt werden. Durch unterstützende Maßnahmen, z. B. im Bereich der Stadtplanung, der Architektur, der Gestaltung öffentlicher Räume oder auch des Bildungswesens, soll darüber hinaus ein partizipationsfreundliches Klima geschaffen werden. Dies

soll durch entsprechende Kommunikationskampagnen und Wissensvermittlung auch durch elektronische Medien begleitet werden (von Barber in der Originalausgabe 1984 „Teledemokratie“ genannt).

Auch wenn Benjamin Barbers Ansatz einer „starken Demokratie“ bereits über 30 Jahre alt ist, hat Barber die Relevanz technologischer Neuerungen bereits erkannt und in sein quartiersorientiertes Modell integriert – auch wenn aus dem TV-Teletext inzwischen Smartphones und Social Media geworden sind. Barber kombiniert seinen Idealismus mit einem sehr konkreten Pragmatismus, was vor Ort zu tun sei, um die Demokratie zu stärken. Diese konstruktive Grundhaltung macht seinen Ansatz attraktiv für eine Weiterentwicklung.

## 5 Quartiere als demokratische Heterotopien

Geht man davon aus, dass postpolitische Ansätze bisweilen als zu dystopisch (oder sogar „normativ defätistisch“ [Jörke 2010, o. S.], vgl. auch Oehler 2016: 34) und partizipativ-demokratische oder kommunitaristische Ansätze letzten Endes doch als zu utopisch erscheinen, um sie direkt umzusetzen, stellt sich die Frage, worin eine echte, demokratisch-emanzipatorische Perspektive für die künftige Stadtentwicklung bestehen könnte.

Swyngedouw plädiert für eine offene Haltung gegenüber urbanen Utopien, die neue Wege und Gesellschaftsentwürfe aufzeigen und benennen können (vgl. Swyngedouw 2013: 154). Darüber hinaus betont er die Relevanz von „Zwischenräumen“ und „Fragmenten“ in der Stadt, in denen die „Rancièresche Ordnung“ zumindest temporär nicht greifen mag und in denen sich neue, ggf. wegweisende soziale und kulturelle Praktiken entfalten können (ebd.: 154f.), wie etwa in Sojas „Dritten Räumen“ (Soja 1996) oder Foucaults „Heterotopien“ (Foucault 1991). Derartige Situationen sind z. B. bei Community-Organizing-Aktivitäten in benachteiligten Quartieren, in systemabweichenden Organisationen wie z. B. Miethäuser-Syndikaten oder ungeplanten Entwicklungen wie etwa bei Hausbesetzungen zu beobachten, in denen „Anteilslose“ – temporär oder dauerhaft – Strukturen aufbauen und sich Gehör (und Raum) verschaffen können.

Versteht man Raum (das Quartier, den Sozialraum) als eine durch diskursiv konstruierte Machtstrukturen geschaffene Ordnungsstruktur, so kann man anknüpfend an Rancière die (sozial)räumliche Ordnung auch als eine emanzipative Sphäre des „Demokratiemachens“ verstehen (vgl. Rosemann 2013: 48) – als Nische der Re-Demokratisierung und einer „lebendigen“ Demokratie mit einer produktiven politischen Kultur (siehe Abb. 3).

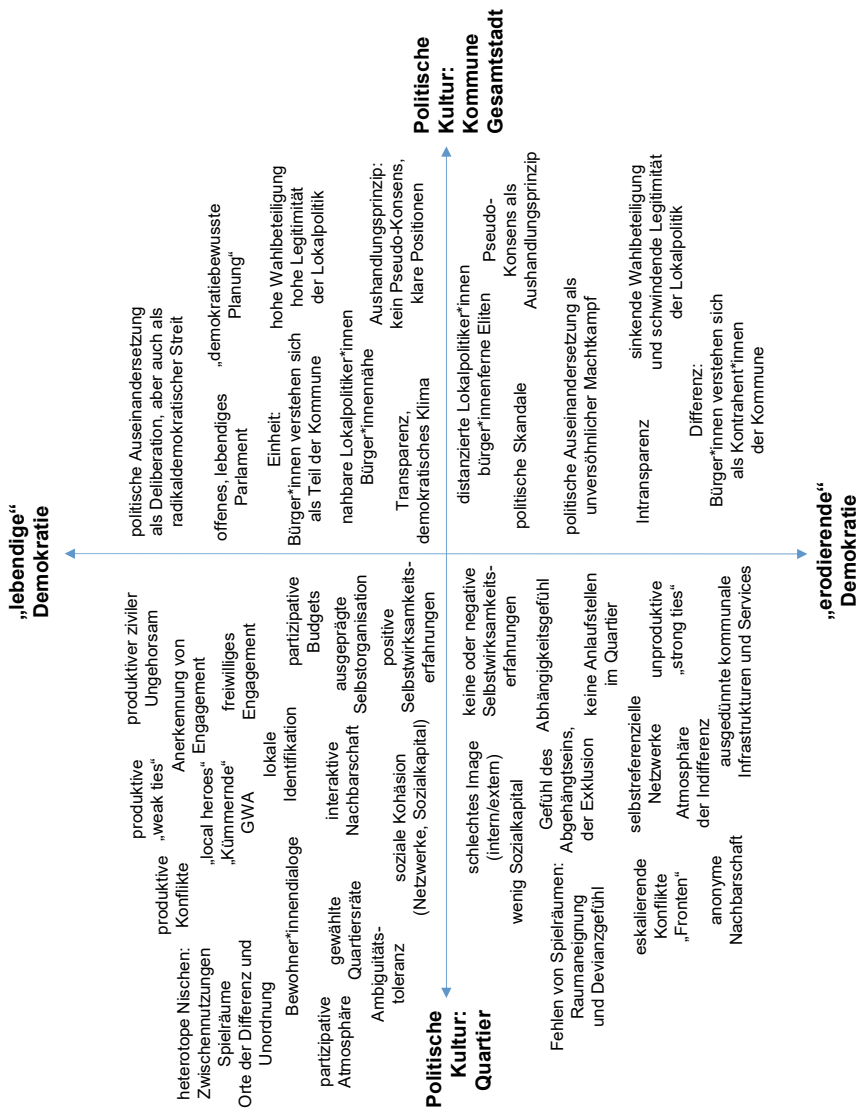


Abbildung 3: „Lebendige“ Demokratie in Stadt und Quartier

Quelle: eigener Entwurf



Zwar könne, wie Rosemann betont (ebd.: 53 ff.), angesichts der gängigen Planungspraxis (konsensorientiert, kommunikativ etc.) mit Rancière auch hier selten von „echten“ demokratischen Gelegenheiten gesprochen werden; es sei aber zumindest möglich, bewusst im Kontext einer demokratischen Idee zu handeln. Gerade in der Praxis gibt es immer wieder Situationen, in denen demokratische Momente im Sinne Rancières aufkommen (um dann bald wieder „geglättet“ zu werden). Rosemann plädiert deshalb für eine „demokratiebewusste Planung“, also „eine Planung, die möglichst wenige politische Momente unterdrückt und Konflikt und Subjektivierung ermöglicht“ (ebd.: 56). Quartiers- bzw. Sozialraumorientierung könnte so – im Sinne eines „genius loci et communitatis“ (Schnur 2003: 342 f.) – als ein Nukleus einer gesamtgesellschaftlichen Erneuerung und demokratischen Emanzipation verstehbar werden.

Elemente demokratiebewusster Planung lassen sich auch in den Beiträgen dieses Bandes immer wieder entdecken. Darüber hinaus werden weitere theoretische Zugänge sowie vielfältige Beispiele des „Demokratiemachens“ auf der Quartiersebene skizziert.

## 6 Die Beiträge in diesem Band

Der Sammelband gliedert sich im Folgenden in zwei größere Themenblöcke. Im ersten Abschnitt werden zunächst theoretische und konzeptionelle Zugänge zum Thema „Demokratie und Quartier“ in den Blick genommen. Im zweiten Abschnitt werden die Akteur\*innen sowie die Beteiligungskultur vor Ort in den Mittelpunkt gerückt. Die große Vielfalt der einzelnen Beiträge hätte diverse Abfolgen möglich gemacht. Die hier gewählte Reihenfolge ist deshalb möglichst nicht als statisch zu betrachten: Nicht nur zieht sich die Mischung von theoretischen Grundgedanken und praktischen Beispielen durch den ganzen Band und seine beiden Abschnitte; auch finden sich immer wieder mögliche Querbezüge zwischen den verschiedenen Artikeln.

Mit seinem Beitrag „Lokale Demokratie“ schließt **Thomas Kuder** an die eingangs skizzierten Beobachtungen zum Thema an, denn er macht zwei signifikante Prozesse aus, die heute erheblich zum Wandel des kommunalpolitischen Gefüges der Bundesrepublik beitragen: Die bewährten Formen der lokalpolitischen Willensbildung in der repräsentativen Demokratie erfahren einerseits einen erheblichen Bedeutungsverlust, während andererseits die vielgestaltigen Formen der Bürgerbeteiligung eine beachtliche Karriere aufweisen und immer mehr an Bedeutung gewinnen. In den vergangenen Jahren habe sich deutlich gezeigt, dass die bekannten Ausprägungen der politischen Ungleichheit im repräsentativen System, z. B. bei der Mitwirkung in den Parteien oder bei der Wahlbeteiligung, in der klassi-

schen Bürgerbeteiligung meist ebenso stark zu finden sind. Vor diesem Hintergrund, so folgert der Beitrag, ist es zur Stärkung der lokalen Demokratie erforderlich, sich nicht nur für eine qualitativ hochwertige, sondern auch für eine gesellschaftlich inklusive Bürgerbeteiligung stark zu machen. Konkrete Ansätze und Potenziale dafür sieht Kuder v. a. im sozialräumlichen Kontext der Quartiere.

Der Beitrag von **Johanna Leitner** „Demokratie als Leerformel urbaner Partizipation im Quartier? Zum Verständnis von Urbanität und postdemokratischen Tendenzen in einem Wiener Gemeinschaftsgarten“ greift noch einmal die Thematik der Postdemokratie auf. Postdemokratie wird hier mit theoretischen Ansätzen der Produktion des Raumes und der Urbanität von Henri Lefebvre und David Harvey in Verbindung gebracht. Dazu wurden empirische Untersuchungen in einem Wiener Gemeinschaftsgarten durchgeführt. Der Beitrag schlägt eine Brücke zwischen der Aufarbeitung, dem Ausleben und dem Aufbrechen des Urbanen sowie den Möglichkeiten und Grenzen von Partizipationsprojekten im Quartier. Daraus resultierend hinterfragt er schließlich kritisch, inwiefern partizipative Stadtgartenprojekte einen Teil (post)demokratischer, simulativ-demokratischer oder repolitizierender Entwicklungen darstellen.

Der darauffolgende Artikel „Ein soziales und inklusives Quartier für alle: zur Aktualität von Lucius Burckhardts Planungsverständnis und der Forderung nach demokratischer Teilhabe an Planungsprozessen“ von **Stephanie Weiss** stellt das soziale Planungsverständnis des Schweizer Soziologen, Ökonomen, Architektur- und Planungstheoretikers Lucius Burckhardt vor. Das Werk von Burckhardt wurde in der Sozialgeografie, insbesondere in der Quartiersforschung, bislang eher marginal aufgenommen und der Beitrag möchte Impulse für eine weitere Rezeption geben. Mit der Vorstellung einiger seiner zentralen Aussagen werden design- und demokratietheoretische Grundlagen und Perspektiven zu einem nutzerzentrierten und inklusiven Planungsverständnis skizziert und für aktuelle Fragestellungen der Stadt- und Quartiersforschung anwendbar gemacht. Zu inklusiven Designkonzepten, zu aktuellen Fragen der sozialen Inklusion als demokratisches Recht auf Teilhabe sowie zu einer partizipativen Grundhaltung in Planungsprozessen werden von Burckhardt ausgehend methodische und anwendungsorientierte Bezüge für die Sozialgeographie und die Quartiersforschung hergestellt.

Auf der Suche nach Ansätzen und Aktivitäten, die eine Stärkung der lokalen Demokratie im Stadtteil oder Quartier bewirken können, plädiert **Milena Riede** mit ihrem Artikel „Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin“ weniger für ein soziales Planungsverständnis als für eine Rückbesinnung auf die Gemeinwesenarbeit. In vielen Stadtteilen und Nachbarschaften sei das Zusammenleben vielfältiger und heterogener geworden, wobei die Vorerfahrungen im Umgang mit Vielfalt sehr verschieden seien. Gemeinwesenarbeit (GWA) wird in

ihrem Beitrag als ein Handlungsfeld der Sozialen Arbeit vorgestellt, das auf langjährige Erfahrung in der Verbesserung und strukturellen Weiterentwicklung von Nachbarschaften im Sinne der dort lebenden Menschen blicken kann. Hierbei arbeiten Gemeinwesenarbeiter\*innen mit allen Personengruppen und Menschen vor Ort und eröffnen Möglichkeitsräume für Selbsthilfe, Teilhabe und Demokratieentwicklung. Durch ihre basisdemokratische Arbeit kann der Brückenbau zwischen verschiedenen Menschen und Gruppen gefördert und die Kommunikation der Akteur\*innen im Stadtteil untereinander verbessert werden. Dabei bewege sich der konzeptionelle Ansatz der Gemeinwesenarbeit zwischen Grassroot-Bewegungen und Fremdbestimmung durch öffentliche Institutionen. Erfahrungen mit der Umsetzung von Gemeinwesenarbeit im Quartier finden sich darüber hinaus im Beitrag von Rausch im zweiten Abschnitt dieses Bandes.

Auch **Dominik Haubrich** beschäftigt sich mit der Entwicklung von Nachbarschaften. In seinem Artikel „Nachbarschaften machen. Qualifizierung von Stadträumen zu Orten der interkulturellen Begegnung – Praxisbeispiele des lokalen Integrationsmanagements in Berlin“ betrachtet er den öffentlichen Freiraum des Tempelhofer Feldes in Berlin, der u. a. für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt wird. Er beschreibt ihn als lokalräumlichen Schnittpunkt, an dem sich die krisengebeutelte, kommunale Integrationspolitik von 2015 und 2016 kontextualisiert, und geht der Frage nach, wie sich die gesellschaftspolitische Maxime der Willkommenskultur in das diskursive und anwendungsorientierte Feld der Begegnung und Teilhabe einwebt. Mit dem Aufbau der temporären Gemeinschaftsunterkunft ging ein Auftrag zum Aufbau einer Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur einher, woraus sich vor Ort Freiräume für die Gestaltung der niedrigschwelligeren Begegnungsarbeit ergaben. In praktikentheoretischer Lesart der empirischen Fallbeispiele skizziert der Beitrag schließlich die Pluralität der Akteurs- und Handlungszusammenhänge in der Praxis des lokalen Integrationsmanagements als innovatives Feld des Nachbarschaften-machens.

Der Beitrag von **Fabian Sandholzer** „Zwischen Recht auf Stadt und Creative City – das Projekt ‚Alm DIY‘“ greift noch einmal Theorien des französischen Philosophen Henri Lefebvre auf. Ausgehend von Lefebvres „Recht auf Stadt“ nimmt der Beitrag das sogenannte Alm-DIY-Projekt in den Blick – einen Do-it-yourself-Skateboardpark, welcher als ungenehmigte Nutzung einer brachliegenden Fläche inmitten eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Wiens begann. Oft als informeller Urbanismus oder Do-it-yourself-Urbanismus bezeichnet, stoßen diese Praktiken, wie auch Graffiti, Street Art, Urban Exploration oder Urban Gardening, und deren Beziehung zum städtischen Raum vermehrt auf akademisches Interesse. In diesem Beitrag wird auf der einen Seite danach gefragt, inwieweit „Alm DIY“ eine demokratische Form der Mitgestaltung und Rückgewinnung der Stadt darstellt. Auf der

anderen Seite wird aufgezeigt, wie sich städtische Behörden und Planungsbüros immer mehr des Potenzials bewusst werden, welches solche Initiativen haben.

Im zweiten Abschnitt des Bandes stehen zunächst die Akteur\*innen im Fokus. Im Anschluss daran finden sich ganz unterschiedliche Praxisberichte, die in verschiedene demokratische Kulturen vor Ort Einblick geben.

In seinem Beitrag „Das Projekt Interkulturanstalten. Die Transformation einer Refugees-Welcome-Initiative in einen kulturellen Begegnungsort“ betrachtet **Sebastian Beck** Refugees-Welcome-Initiativen als Stadtentwicklungsakteur\*innen – als neue Intermediäre, die an klassische Aufgaben der Stadtentwicklung anknüpfen und konkrete Projekte anstoßen und umsetzen. 2015/2016 sind viele dieser Initiativen neu entstanden; allerdings hat sich der Kontext geändert, in dem sie aktiv sind. Es geht mittlerweile viel mehr um die längerfristige Integration der Geflüchteten und um eine (Weiter-)Entwicklung der Nachbarschaften, die sich durch die Zuwanderung der Geflüchteten verändert haben. Wie schlägt sich dieser Transformationsprozess in der Praxis nieder? Der Beitrag geht dieser Frage am Beispiel der Interkulturanstalten nach, einer Stadtentwicklungsinitiative im Berliner Westend, die sich aus der Refugees-Welcome-Initiative „Willkommen im Westend“ heraus entwickelt hat und nun als Verein eine repräsentative Gründerzeitvilla als soziale und kulturelle (Nachbarschafts-) Einrichtung betreibt.

Auch der nachfolgende Artikel beschäftigt sich mit Akteur\*innen, wobei **Friederike Fugmann, Sarah Ginski und Fee Thissen** mit ihrem Beitrag „Vorhang auf! Über die Akteurs- und Kommunikationsvielfalt in quartiersbezogenen Stadtentwicklungsprozessen“ insbesondere das Themenfeld der Kommunikation in den Blick nehmen. Sie konstatieren, dass in dialogorientierten Quartiers- und Stadtentwicklungsprozessen heute immer „multilateral“ kommuniziert werde, und fragen: Doch wer kommuniziert was, mit welchen Wirkungen, wie? Das scheint sich zunächst von Fall zu Fall zu unterscheiden. Doch: In einem größeren Forschungsprojekt wurden durch eine Querauswertung von 50 Prozessen Einsichten gewonnen, die über Einzelfälle hinausgehen. Auf ausgewählten Erkenntnissen dieser Erhebung aufbauend, behandelt der Beitrag die Vielfalt von Akteur\*innen und Kommunikationsgegenständen in dialogorientierten Planungsprozessen, geht auf Wirkungen und Reichweite der Erörterungen ein und beleuchtet die unterschiedlichen „Schichten“ der Kommunikation.

Der Artikel „Demokratie beginnt in der Nachbarschaft und endet nicht am Wahltag“ von **Günter Rausch** geht von einer ernsten „Krise der Demokratie“ aus, die v. a. durch das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte, zunehmende Fremdenfeindlichkeit und das Fernbleiben immer größerer Wählerschichten bei Parlamentswahlen gekennzeichnet sei. Noch einmal wird das Instrument der Gemeinwesenarbeit (GWA) herangezogen; doch während Riede sich im ersten Abschnitt

des Bandes v. a. konzeptionell mit der Gemeinwesenarbeit und ihrem demokratischen Potenzial auseinandersetzt, stehen hier praktische Erfahrungen aus Freiburg Weingarten sowie die Frage im Mittelpunkt, inwiefern die GWA z. B. in sozial benachteiligten Quartieren diese aktuellen Entwicklungen auffangen könnte. In Anlehnung an John Deweys Demokratiekonzept, demzufolge es darum geht, dass Menschen Demokratie konkret lernen und einüben müssen, werden einschlägige Praxismodelle mit Theorien abgeglichen. Zum Ende des Beitrags werden Zweifel gegenüber kurzfristigen Wirkungserwartungen infolge sozialarbeiterischer und sozialplanerischer Interventionen hinsichtlich politischer Einstellungen und Wahlverhalten geäußert. Insbesondere wird auf die Bedeutung von Bildungsprozessen innerhalb der Alltags- und Sozialraumstrukturen verwiesen.

Der nachfolgende Praxisbericht „Bildung gemeinsam gestalten – der Dialog ‚Bildungslandschaft Neckarstadt-West‘ in Mannheim“ von **Jürgen Aring und Fabian Rohland** gibt einen Einblick in die Ziele, den Ablauf und die Ergebnisse eines Bildungsdialogs in einem multiethnischen Mannheimer Quartier. Das Dialogprojekt wurde vom Sommer 2013 bis in das Frühjahr 2015 hinein im Zusammenhang mit dem „Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie durch bürgerorientierte, integrierte Stadtentwicklung“ des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. und in Zusammenarbeit mit der Stadt Mannheim vor Ort realisiert. Im Rahmen eines inklusiven Bürgerbeteiligungsprozesses in den Handlungsfeldern Bildung und Integration wurde hierbei der Ansatz einer integrierten Stadt(teil)entwicklung verfolgt. Inhaltlich beruhte das Projekt auf einem umfassenden Verständnis von „integrierter Bildungslandschaft“, das sich nicht nur auf die formalen und non-formalen Bildungseinrichtungen stützte, sondern auch das Feld des Stadtraumes als Lernraum und das Feld des Sozialraumes mit seinen unterschiedlichen Bildungsmilieus mit einbezog.

Bei dem Beitrag über den „Lagerplatz Winterthur“ von **Benjamin Zemann und Barbara Buser** handelt es sich ebenfalls um einen Praxisbericht. In diesem Fall wirft der Artikel einen Blick auf die nachhaltige Umnutzung eines ehemaligen Industrieareals. Als Teil einer großflächigen Arealentwicklung eines ehemaligen Industriegebietes der Firma Sulzer erwarb 2009 die Stiftung Abendrot aus Basel das ca. 50.000 m<sup>2</sup> große Lagerplatzareal in Winterthur. Der Erwerb erfolgte auf Initiative des Arealvereins Lagerplatz (ehemalige Zwischennutzer\*innen) und mit kräftiger Unterstützung der damaligen Stadtregierung. Das Lagerplatzareal wurde anschließend mit partizipativen Prozessen entwickelt und realisiert. Heute, rund zehn Jahre später, stellt der Lagerplatz ein weit über die Stadtgrenzen hinaus bekanntes Beispiel gelungener Arealentwicklung dar. Ein weiterer Beweis, so folgern Buser und Zemann, dass echte Mitwirkung für alle Beteiligten ein Erfolgsmodell ist.

Im abschließenden Artikel „Der PlanBuden-Prozess: das Interesse des Stadtteils als Grundlage von Planung“ von **Renée Tribble und Patricia Wedler** geht es noch einmal um eine Arealentwicklung. Diesmal stehen der Hamburger Stadtteil St. Pauli und die entscheidenden demokratischen Prozesse vor Ort im Fokus. St. Pauli steht beispielhaft für einen Stadtteil, der sich seit mehreren Jahren in einem Gentrifizierungsprozess befindet. Zugleich steht St. Pauli auch für einen Stadtteil, der sich selbst organisiert und aktiv Kritik an dieser Entwicklung übt. Erst mit diesem Hintergrund und einem in der Öffentlichkeit ausgetragenen Konflikt um den Erhalt der sogenannten Esso-Häuser war es möglich, den vom Stadtteil geforderten und von lokalen Expert\*innen organisierten PlanBuden-Prozess durchzusetzen und durchzuführen. Im Kern des PlanBuden-Prozesses steht die Wunschproduktion als Form, um mit dem Wissen der Vielen zu planen. Es handelt sich hierbei um einen frühzeitigen Beteiligungsprozess, durch den es gelingt, das Interesse des Stadtteils zu ermitteln und als Grundlage für die zukünftige Quartiersentwicklung zu verankern. Im Beitrag werden die Besonderheiten herausgestellt, die sich aus der Situation, den Akteur\*innen und dem Ort ergeben. Ebenso wird nach Prinzipien gefragt, die eine gewisse Übertragbarkeit auf andere Stadtentwicklungsprozesse erwarten lassen.

## Literatur

- Barber, B. (1994): *Starke Demokratie*. Hamburg.
- Barber, B. (2003): *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley, Los Angeles, London.
- Beck, S. & Schnur, O. (2016): *Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung*. Berlin.
- Berding, U., Fugmann, F., Karow-Kluge, D., Selle K. & Kuder, T. (2017): *Öffentliche Räume in stadtesellschaftlich vielfältigen Quartieren*. vhw- Schriftenreihe Nr. 7 Berlin.
- Brenner, N. (2000): *The Urban Question as a Scale Question: Reflections on Henri Lefebvre, Urban Theory and the Politics of Scale*. *International Journal of Urban and Regional Research* 24 (2): 361-378.
- Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main.
- Dewey, J. (2001): *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme (i. O. 1927)*. Berlin, Wien.
- Dikeç, M. (2002): *Police, Politics, and the right to the city*. *GeoJournal* 58: 91-98.
- Drilling, M., Oehler P. & Schnur, O. (2015): *Über den emanzipatorisch-utopischen Gehalt von Sozialraumorientierung*. *Widersprüche* 35 (135): 21-39.
- Foucault, M. (1991): *Andere Räume*. In: Wentz, M. (Hrsg.): *Stadt-Räume*. Frankfurt am Main, New York: 65-72.

- Franke, T. (2011): Raumorientiertes Verwaltungshandeln und integrierte Quartiersentwicklung. Doppelter Gebietsbezug zwischen „Behälterräumen“ und „Alltagsorten“. Wiesbaden.
- Franzen, A. & Freitag, M. (2007): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Sonderheft 47/2007 der KZfSS (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie).
- Glasze, G. & Matissek, A. (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, G. & Matissek, A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld.
- Gomes de Matos, C. (2013): Das Modell Barcelona – Partizipation, Protest und Postpolitik. sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2): 121-140.
- Guhl, J. (2015): Die Programme der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung in Deutschland und der Schweiz und die Rolle der Gemeinwesenarbeit. In: Drilling, M. & Oehler, P. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. 2. Auflage. Wiesbaden: 113-124.
- Häußermann, H. (2005): Politisches Vertrauen und Partizipation. vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5): 298-301.
- Hinte, W. (1998): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alisch, M. (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: 153-170.
- Hüther, G. (2013): Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden. Hamburg.
- Jörke, D. (2010): Was kommt nach der Postdemokratie? vorgänge (online) 190 (2): o. S.
- Kamleithner, C. (2009): „Regieren durch Community“: Neoliberale Formen der Stadtplanung. In: Drilling, M. & Schnur, O. (Hrsg.): Governance der Quartiersentwicklung. Wiesbaden: 29-48.
- Keupp, H. (2000): Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden (Autorenband 3 der SPI-Schriftenreihe). München.
- Keupp, H. (2013): Entwickeln wir uns zu einer Gesellschaft der Ichlinge? Neue Formen des Zusammenlebens (Vortrag). 13. Münchner Wissenschaftstage.
- Lanz, S. (2009): Powered by Quartiersmanagement: Füreinander Leben im „Problemkiez“. In: Drilling, M. & Schnur, O. (Hrsg.): Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen. Wiesbaden: 219-225.
- Maroldt, L. (2015): Checkpoint. Newsletter des Tagesspiegels vom 17. Juni 2015: o. S.
- Mayer, M. (2008): Städtische soziale Bewegungen. In: Roth, R. & Rucht, D. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt, New York: 293-318.
- Mullis, D. & Schipper, S. (2013): Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität. Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen? sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2): 79-100.
- Nagel, F. (2012): Quartiersgrenzen: Wo beginnt und endet „Quartier“ aus Sicht von BewohnerInnen? Untersucht am Beispiel Berlin. Global Studies Working Papers of the Tübingen Institute of Geography Nr. 20. Tübingen.

- Oehler, P. (2016): Demokratie und soziale Arbeit: Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden.
- Putnam, R. D. (1993): Making Democracy Work, Civic Traditions in Modern Italy. Princeton.
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen: Politik und Philosophie. Frankfurt am Main.
- Ritzi, C. (2014): Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Wiesbaden.
- Robertson, R. (1998): Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: Beck, U. (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main: 192-220.
- Rodrigues Mororó, R. (2014): Der demokratische Mythos Porto Alegre: Widersprüche und Wirklichkeit eines partizipativen „Planungsmodells“. Wiesbaden.
- Rose, N. (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, U., Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: 72-109.
- Rosemann, T. (2013): Planning in the Face of Democracy. Mit Jacques Rancière über Raumplanung und Demokratie nachdenken. sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2): 41-60.
- Roth, R. (1997): Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Klein, A. & Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn: 404-447.
- Roth, R. (2017): Das demokratische Potential von Bürgerhaushalten. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): Forum „Demokratie in ländlichen Kommunen“, 25.1.17. Berlin.
- Schnur, O. (2003): Lokales Sozialkapital für die ‚soziale Stadt‘. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen.
- Schnur, O. (2013): Resiliente Quartiersentwicklung. Eine Annäherung über das Panarchie-Modell adaptiver Zyklen. Informationen zur Raumentwicklung (4): 337-350.
- Schnur, O. (2014): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, O. (Hrsg.): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: 21-56.
- Schnur, O. (2015): Quartiersentwicklung in Stadtlandschaften – eine Reflexion. In: Kühne, O. & Hofmeister, S. (Hrsg.): StadtLandschaften. Wiesbaden: (im Erscheinen).
- Schnur, O. (2016): Urbane Vielfalt und Kohäsion – zwischen Moderne und Postmoderne. vhw-werkSTADT Nr. 3. Berlin.
- Soja, E. W. (1996): Thirdspace: Journeys to Los Angeles and Other Real-and-Imagined Places. Malden (Mass.).
- Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) (2018): Kommunen und lokale Demokratie. wegweiser bürgergesellschaft.de. Abrufbar unter: <https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/grundlagen-leitlinien/grundlagen/kommunen-und-lokale-demokratie/>. Letzter Zugriff: 12.12.2018.
- Swyngedouw, E. (2013): Die postpolitische Stadt. sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2): 141-158.
- Vetter, A. (2011): Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? Abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/33489/lokale-politik-als-rettungsanker-der-demokratie>. Aus Politik und Zeitgeschichte (7-8): o. S.



Weber, F. (2012): Selbstbestimmung durch Teilhabe. Theorie der partizipativen Demokratie (Benjamin Barber, Ingeborg Maus). In: Lembcke, O. W., Ritzi, C. & Schaal, G. S. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden: 223-254.

Wiesner, C. (2018): Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich. Wiesbaden.

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

